Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 119 (1993)

Heft: 31

Illustration: Igor

Autor: Jaermann, Claude / Schaad, Felix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und meist unter Zeitdruck in den Schlusssitzungen der Sessionen aufs Tapet kamen, tat jedermann in Bern alles, damit der Hase nicht zu früh aus seinem Busch geklopft würde. So wurden in einer Schlusssitzung der Räte innert 45 Minuten 100 parlamentarische Vorstösse durchgezogen, worunter ein Vorstoss war, der sehr gezielt die Fichenhorterei anprangerte. Die Schweinerei hatte Methode.

Verschleiert, versteckt und verleugnet wurde vor allem die Telefonkontrolle. Nicht nur der BuPo-Chef, auch der Bundesanwalt legten sich ins Zeug, wenn es darum ging, diese in fast allen Fällen ungesetzlichen Lauschangriffe zu verteidigen. Stand beispielsweise eine parlamentarische Kontrolle an, wurden kurz zuvor mehrere Lauschangriffe eingestellt, um statistisch besser dazustehen. Selbst die von der Schweiz unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention, die im Artikel 8, Absatz 1 die Telefonkontrolle verbietet, mochte die BuPo nicht zu schrecken. In mehreren Urteilen, so im Buch, hat sich sogar das Bundesgericht auf die Seite der staatlichen



kanton Basel-Stadt hätten um

Postkontrolle nachgesucht, sei-

en aber nicht in der Lage gewe-

sen, einen entsprechenden rich-

terlichen Befehl vorzuweisen.

Dies aber sind Ausnahmen. In

der Regel spielten die PTT, so-

wohl bei Post- als auch Telefon-

Dafür bekamen die PTT Fichen

respektive deren Inhalt zu Ge-

sicht, wenn es darum ging, miss-

liebige Mitarbeiter genauer anzusehen. Auskunft bekam auch die SRG, wenn sie die Radiomitarbeiter überprüfen wollte. Die BuPo denunzierte Radioleute

Man arbeitete Hand in Hand.

kontrollen, mit.

Rechtsbrecher gestellt und die Schnüffelei abgesegnet.

Die Autoren werden deutlich und fordern, dass endlich entsprechende Gesetze geschaffen werden. Der Zustand, so steht es im Buch, sei unhaltbar.

Doch wehe dem, der solches ausspricht. Bestimmt wird er erneut fichiert.

elbst die Postkontrollen sind meist ungesetzlich. Doch gibt es hier eine ausgleichende Gerechtigkeit, indem beispielsweise die greise

Lydia Woog, die Frau des vernationalen Nachrichtenverteilstorbenen Kommunistenfühstation zugestellt. Und auch der Personalchef der Zürcher Sierers in Zürich, in ihrem Postfach 1974 den Zettel vorfand, mit mens-Albis-Werke gibt zu, dass er von der Polizei Sicherheitsdem die Zürcher Stadtpolizei die Post aufforderte, den Brief-Überprüfungen von Stellenverkehr zu kontrollieren. Oder bewerbern angefordert und erjener Posthalter in Allschwil, der einem Journalisten mitteilte, Nach Lektüre des Staats-Detektive aus dem Nachbar-

schutz-Berichtes ist klar: Nur was links ist, ist gefährlich. Seit 1950 wird in allen Rapporten der Bundesanwaltschaft und der Bundespolizei immer wieder festgehalten, dass «Rechtsextremismus und gefährdende Aktivitäten des rechten Lagers nicht existieren». Dieser Haltung verdankt es der Waadtländer Marcel Régamey, den die unverdächtige NZZ «abseits der Demokratie» ortet, dass er nur über zwei Karten verfügt und dass zwischen 1957 und 1989 lediglich zwei Eintragungen vorgenommen wurden. Etwas genauer angesehen

wurde Ernst Cincera aus Zürich. doch ist gemäss dem Buch aktenkundig, dass Cincera Zugriff zu den BuPo-Akten hatte. Aus Angst, das Cincera-Archiv könnte mit seinen 8000 Karten in unberufene Hände geraten, stellte man die Zusammenarbeit mit diesem rechtslastigen Staatsbürger ab. Und Robert Vögeli, der Leiter des «Instituts für politische Zeitfragen» wurde ausgesperrt, obschon eine Parlamentslobby versuchte, Schützenhilfe zu leisten. Einzig das EMD liess sich zu einer Zusammenarbeit mit Cincera hin und von ihm Informationsblätter gestalten. Laut dem Staatsschutzbericht sind vermutlich auch Cincera-Daten im EMD-Computer gespeichert worden.

Mit delphischen Orakelsprüchen verteidigte Bundesrat Furgler seine Leute und befriedigte parlamentarische Interpellanten mit «Einerseits»- und «Anderseits»-Feststellungen, so dass das schläfrige Nickerparlament nicht aufgeschreckt wurde. Und auch der kleine Schweizer Moritz war mit solchen Sprüchen zufrieden. PdA-sten, Marxisten, APO-Anhänger, POCH-Gründer, Herausgeber alternativer Zeitungen - das waren die echten Staatsfeinde, und darauf scheint sich die ganze Fichenhorterei beschränkt zu haben. Dafür vergassen die eifrigen Schnüffler zum Beispiel, das Ost-Institut des Herrn Nationalrat Peter Sager zu fichieren, das nicht wenig zur Volksverhetzung in der Schweiz beigetragen hat. Aber eben, das war gegen den Osten gerichtet, gegen den erklärten Feind.

eorg Kreis und seine

Mitarbeiter haben ihre Arbeit wirklich ernst genommen. Dank ihrer Arbeit erfährt die Öffentlichkeit nun auch, dass in der Schweiz am 12. Januar 1951 eigentliche Notstandsgesetze vom Bundesrat verabschiedet worden waren. Da haben wir uns aufgelehnt gegen die Notstandsgesetze der Bundesrepublik - die Veröffentlichung dieser deutschen Gesetze durch einen Schweizer Journalisten im Januar 1968 wurde von den deutschen Studenten sogar zum Anstoss der Unruhen genommen -, und in der Schweiz, wo offensichtlich der DDR-Stasi keinen Zugriff hatte, blieben die helvetischen Notstandsgesetze bis jetzt geheim. Klingen die Gesetze noch ganz vernünftig, so erschrecken die weiteren Ausführungen im Staatsschutzbericht: Mindestens damals war die Schweiz ein totalitärer Staat. Da wurden Listen erstellt mit «gefährlichen» und «verdächtigen» Einwohnern. 886 waren gefährlich und 1774 verdächtig. Sie alle sollten in einer Grossaktion in vorbereitete Lager interniert werden. Und seit 1950 wurde diese Liste stetig weitergeführt und laufend revidiert, so dass es 1967 noch 499 Gefährliche und 1503 Verdächtige waren. Sogar die Festsetzung dieser dubiosen Elemente und deren Abtransport war genauestens geregelt. Zu Beginn der 50er Jahre waren es aus heiterem Himmel aufgestellte Hilfspolizei-Einheiten, 3000 bis 3500 Angehörige aus den ehemaligen bewaffneten HD-Einheiten, die plötzlich mit weissen Stahlhelmen die Gegend unsicher machten. Im Kanton Basel-Stadt waren 80 Privatautos auf Pikett zum Abtransport. 56 Wagen gehörten privaten Besitzern; ihnen wurde wegen der Pikettstellung die halbe Autosteuer erlassen. Auch die entsprechenden Haftbefehle waren bereits ausgestellt für die als «Aktion Rothorn» codierte Massnahme.

Nun kriegen die Staatshäscher deswegen ein weiteres Horn auf die Stirn. Leider sagt der Bericht nicht, ob die Sache nach wie vor läuft. Zweifel zumindest ist angebracht, denn solche Instrumente geben die BuPo- und BA-Leute nicht so leicht aus der Hand. Und klein beigeben tun die wahren Innerschweizer an der Taubenstrasse auch nicht. Nie. Schliesslich geht es darum, die Schweiz zu erhalten. Demokratie hin oder her.



aus eigener Initiative. Auch Journalisten mussten dies erfahren. So wurden dem Chefredaktor der ehemaligen Basler Nachrichten, Peter Dürrenmatt, die Fichen eines Journalisten ausgehändigt, der sich um eine Stelle beworben hatte. Über einen Redaktor der Depeschenagentur hat die BuPo sogar einen zusammenfassenden Bericht erstellt und diesen am 30. April 1969 dem Direktor der



